



«Wo bitte ist Bundesrat Cassis mit seinem Reset-Knopf?»

BERN. Der Bundesrat will das EU-Rahmenabkommen bis im Frühling abschliessen. Die SVP ist empört: Sie hatte nach der Wahl Cassis' auf einen Kurswechsel gehofft.



Küsschen für Doris Leuthard

Vor seiner Wahl sagte der neue Aussenminister Ignazio Cassis in der NZZ, er wolle bei den Verhandlungen um das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU «den Reset-Knopf drücken». Davon war beim gestrigen Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Bern nicht viel zu spüren. Bundespräsidentin Doris Leuthard sagte: «Beide Seiten wollen das Rahmenabkommen.» Auch Juncker bekräftigte die Absicht, das Abkommen, das er einen «Freundschaftsvertrag» nannte, schon im nächsten Frühling

beim Besuch von Jean-Claude Juncker. KEYSTONE

abzuschliessen. Für die SVP ist eine noch engere Anbindung an die EU eine Horrorvorstellung: Leuthard wolle die Schweiz zu einer «Kolonie des demokratiefeindlichen Beamten-Molochs in Brüssel» machen, schreibt die Partei. SVP-Nationalrätin Natalie Rickli fragt: «Wo bitte ist Cassis mit seinem Reset-Knopf?» Der Tessiner habe einen Neustart versprochen, doch jetzt wolle der Bundesrat im Eiltempo einen Rahmenvertrag mit automatischer Rechtsübernahme schliessen. Dagegen sagt Eric Nuss-

baumer (SP), das Abkommen

«Das Rahmenabkommen muss klare Vorteile für die Schweiz bringen.»

Damian Müller
FDP-Ständerat

sei wichtig, um den bilateralen Weg fortzusetzen. «Es schafft Rechtssicherheit und macht es möglich, dass Schweizer auch in Zukunft frei in der EU reisen und arbeiten können und dass der Handel mit EU-Ländern mit möglichst wenigen Hürden

funktioniert.» Für die Mitteparteien kommt es auf den Inhalt des Vertrags an. Damian Müller (FDP): «Das Abkommen muss klare Vorteile für die Schweiz bringen, um vor dem Volk eine Chance zu haben.»

Zum «Reset-Knopf» heisst es beim Aussendepartement, das Konzept betreffe nicht die bilateralen Beziehungen in ihrer Gesamtheit. Vielmehr handle es sich «um eine Auslegung der einzelnen Aspekte des institutionellen Rahmenabkommens». NIKOLAI THELITZ



Für Juncker gabs

BERN. Zum Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker liess der Bundesrat einen Dreigänger auffahren. Zur Vorspeise gab es gerollte Felchenfilets aus

dem Bielersee sowie einen Weisswein aus dem Wallis. Zur Hauptspeise wurden Rindsfiletmedaillons gefüllt mit Steinpilzen und Trüffeln aufgetragen. Auf die Neuauflage

der Kohäsionsmilliarde konnte der Luxemburger mit einem Merlot aus dem Tessin anstossen, worauf zum Dessert eine Marroni-Trilogie serviert wurde. DAW

Die Schweiz sichert der EU 1,3 Mrd Franken zu

BERN. Wie erwartet, hat der Bundesrat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einen neuen Kohäsionsbeitrag versprochen. 200 Millionen der gut 1,3 Milliarden Franken will die Schweiz im Bereich Migration einsetzen – auch Italien und Griechenland könnten profitieren. 1,1 Milliarden Franken fliessen an die EU-Oststaaten: Die Schweiz will dort

im Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit Berufsbildungsprojekte finanzieren – schon mit dem bisherigen Beitrag wurden etwa Bäckerlehrlinge in der Slowakei unterstützt (Bild). Die neuen Kredite müssen noch durchs Parlament.

Während Juncker die Zusicherung als normal erachtete, kritisieren bürgerliche Par-

teien die Strategie des Bundesrates. Die SVP schreibt, Bundespräsidentin Doris Leuthard habe der EU ein frühes Weihnachtsgeschenk auf Kosten der Steuerzahler gemacht – ohne eine nennenswerte Gegenleistung dafür zu erhalten. Auch für Hans-Peter Portmann (FDP) kommt die Zusage zur Kohäsionszahlung zur «Unzeit». Zuerst müsse der Bundesrat einen gangba-

ren Weg mit Brüssel aufzeigen. Lob für den Entscheid des Bundesrates gibt es von der SP. Diese schreibt: «Ein stabiles und prosperierendes Europa ist ganz im Interesse der Schweiz.»

SDA/DAW



Diese Bäckerlehrlinge in Bratislava profitieren vom Beitrag. DEZA

Ein umstrittenes Abkommen

BERN. Was genau im Rahmenabkommen mit der EU steht, wollten die Verhandlungspartner gestern nicht verraten. Klar ist, dass den vielen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU ein Fundament gegeben werden soll, das eine Weiterentwicklung der Bilateralen ermöglicht und Rechtssicherheit für beide Seiten schafft. Es soll auch ermöglicht werden, dass neue Regelungen der EU automatisch in der Schweiz umgesetzt werden. Im Streitfall sollen Richter entscheiden, welche Seite recht hat. Ob dies Richter des Europäischen Gerichtshofs oder gemischte Ausschüsse sind, ist noch unklar. THE